

Mehr politische Rechte für 5600 Luzerner

Auslandschweizer können bisher nicht an kantonalen Abstimmungen teilnehmen. Das muss sich ändern, fordert die SP.

Lukas Nussbaumer

Die rund 5600 Luzernerinnen und Luzerner, die im Ausland leben, sind gegenüber ihren Mitbürgern in der Heimat benachteiligt. Sie dürfen sich zwar zu eidgenössischen Vorlagen äussern und die Nationalräte wählen. Von kantonalen Geschäften und den Ständeratswahlen sind sie jedoch ausgeschlossen. So, wie in 15 anderen Kantonen der Schweiz, die sich ebenfalls an den Mindestvorgaben des Bundes aus dem Jahr 1992 orientieren.

In zehn Kantonen können Auslandschweizerinnen und -schweizer auch auf Kantons-ebene mitbestimmen. Neben Schwyz als einzigem Zentralschweizer Kanton sind dies Genf, Neuenburg, Freiburg, Bern, Solothurn, Jura, Basel-land, Graubünden und das Tessin. In Zürich und im Aargau dürfen die im Ausland lebenden Bürger ihre Ständeräte wählen.

Anstrengungen, die politischen Rechte für die insgesamt mehr als 770 000 Auslandschweizer auszuweiten, gab es immer wieder. Beispielsweise im Kanton Schwyz, wo das

Stimmvolk 1999 eine Gesetzesänderung mit knapp 18 000 Ja-Stimmen zu etwas über 14 000 Nein-Stimmen befürwortete. Seither können die rund 2100 im Ausland lebenden Schwyzerinnen und Schwyzer auch auf Kantonsebene mitreden. Im Kanton Zug hingegen scheiterte das gleiche Anliegen 2009, als der Kantonsrat eine Motion der SP trotz Zustimmung der Regierung ablehnte.

Im Ausland ohne Einfluss auf kantonale Vorlagen

Nun nimmt die Willisauer SP-Kantonsrätin Anja Meier im Kanton Luzern einen Anlauf, um Auslandschweizern die Mitbestimmung auf Kantonsstufe zu ermöglichen. Die 23-Jährige bezeichnet ihre eben eingereichte und von Grünen und Grünliberalen unterstützte Motion als «Mittel, um die Demokratie auszubauen». Das sei wichtig, weil sich immer mehr junge Leute für einen temporären Aufenthalt im Ausland entscheiden würden. Das Mitglied der staatspolitischen Kommission redet aus Erfahrung: Meier hat während ein- einhalb Jahren in Belgien und Russland für das eidgenössische

Departement für auswärtige Angelegenheiten gearbeitet, konnte in dieser Zeit also nicht über kantonale Vorlagen abstimmen.

Für die seit dem September 2020 im Kantonsrat politisierende Willisauerin, die in Genf Europastudien und Europarecht studiert, sprechen weitere Gründe für eine Ausweitung der poli-

«Mein Vorstoss ist ein Mittel, um die Demokratie auszubauen.»



Anja Meier
SP-Kantonsrätin, Willisau

tischen Rechte. So würden sich viele Auslandschweizer nach wie vor mit dem Kanton Luzern verbunden fühlen und sich deshalb auch für kantonale Geschäfte und Wahlen interessieren. «Das geschieht nicht nur aus reiner Heimatverbundenheit, sondern auch im Hinblick auf eine mögliche Heimkehr.»

Für die Mitbestimmung auf kantonomer Ebene spreche auch eine mögliche Erhöhung der Stimmbeteiligung. Diese ist seit dem Wegfall des E-Votings im Sommer 2019 regelrecht eingebrochen und beträgt seither nur noch rund die Hälfte des kantonalen Durchschnitts. Auch bei den Nationalratswahlen im Oktober 2019 ging die Beteiligung der Auslandschweizer im Vergleich zu 2015 um einen Drittel auf tiefe 23,4 Prozent zurück.

Dazu kommen seit dem Ausbruch von Corona gehäuft auftretende Zustellungsprobleme der Post im Ausland: Immer mehr Auslandschweizer erhalten ihre Abstimmungsunterlagen sehr spät oder ihre Rücksendung mit der Stimmabgabe bleibt lange unterwegs – mit ärgerlichen Folgen: Allein bei der letzten Abstimmung von Ende

November trafen rund 100 Kuverts von Auslandschweizern zu spät bei der Abteilung Gemeinden des Justiz- und Sicherheitsdepartements ein, wie Abteilungsleiterin Kathrin Graber auf Anfrage sagt. Im Verhältnis zu den insgesamt 1416 abgegebenen Stimmen aus dem Ausland waren dies sieben Prozent, die zu spät in Luzern eintrafen und nicht berücksichtigt werden konnten. Die Abteilung Gemeinden fungiert im Kanton Luzern als Urnenbüro für die im Ausland lebenden stimmberechtigten Luzernerinnen und Luzerner.

Mehraufwand soll sich in Grenzen halten

Laut Anja Meier wäre der administrative Mehraufwand für die Ausweitung des Stimmrechts auf die Kantonsebene «gering». Schliesslich seien die Auslandschweizer im kantonalen Stimmregister erfasst, und die Abteilung Gemeinden müsste zu den sowieso zugestellten eidgenössischen Unterlagen nur noch die kantonalen mit ins Kuvert einpacken. Wie hoch der Aufwand effektiv ist, wird laut Kathrin Graber von der Abtei-

lung Gemeinden die Regierung in ihrer Antwort auf Meiers Motion darlegen. Sicher müsse man aber mit höheren Druck- und Portokosten sowie zusätzlichem Personalaufwand beim Auszählen der Stimmen rechnen.

Dieser Mehraufwand, sind sich Anja Meier und die Auslandschweizer-Organisation in Bern einig, sei zu Gunsten der staatspolitischen Wertschätzung für die «Fünfte Schweiz» in Kauf zu nehmen. Jézael Fritsche, Kommunikationsleiterin der Auslandschweizer-Organisation, sagt denn auch: «Es geht um politische Rechte, die einem mit der Staatsbürgerschaft zustehen. Es dürfen keine finanziellen Argumente in die Waagschale gelegt werden.»

Fritsche würde sich wünschen, wenn in weiteren Kantonen politische Anstrengungen unternommen würden, um die Auslandschweizer stärker ins Geschehen einzubinden. Der Flickenteppich in der Schweiz sei «unbefriedigend». Es sei das Ziel ihrer Organisation, das Stimmrecht allen in einem Stimmregister eingetragenen Auslandschweizerinnen und -schweizern zu ermöglichen.

Maihof-Schulhaus wird wegen Corona-Mutation geschlossen

Mindestens vier Kinder haben sich angesteckt. Nun werden rund 450 Kinder und Lehrpersonen getestet – und in Quarantäne geschickt.

Wegen mehrerer Fälle einer Coronavirus-Mutation bleibt das Maihof-Schulhaus in Luzern nächste Woche geschlossen. Noch am gestern Nachmittag wurden alle Kinder und Lehrpersonen getestet, wie es in einem Schreiben der Schule an die Eltern heisst. Der Kantonsarzt und die kantonale Dienststelle Gesundheit und Sport haben den grossflächigen Test für alle angeordnet, welche sich diese Woche im Schulhaus Maihof aufgehalten haben (rund 450 Personen). Die Familien von positiv getesteten Kindern sollten in den nächsten 24 Stunden kontaktiert werden.

Wie die Stadt Luzern gestern mitteilte, wurde nach aktuellem Stand bei vier Schülerinnen und Schülern aus der gleichen Klasse eine hochansteckende südafrikanische Variante (N501Y) des Coronavirus nachgewiesen. Aus der Anordnung der Dienststelle Gesundheit und Sport geht hervor, dass eines der Kinder am Mittagstisch der Schule gegessen hat, wo 83 Kinder aus allen Klassen ein- und ausgehen.

«Möglichst schnell alle positiven Fälle finden»

Laut der Anordnung müssen aber alle Kinder und Lehrpersonen der Primarschule bis und mit Montag, 8. Februar, in Quarantäne. Die Eltern und weitere Familienmitglieder von negativ getesteten Kindern seien davon ausgenommen. Wegen der Quarantäne findet nächste Woche Fernunterricht statt. Auf Anfrage erklärt Kantonsarzt Roger Harstall: «Unser Ziel ist jetzt,



Das Maihof-Schulhaus bleibt bis Ferienbeginn am 6. Februar geschlossen.

Bild: Manuela Jans-Koch (Luzern, 29. Januar 2021)

möglichst schnell alle positiven Fälle zu finden.» Wie weit verbreitet die Virus-Mutation unter den Maihof-Schülern ist, sei momentan noch nicht abzusehen. «Die Mutation kann man nicht sofort feststellen», so Harstall. «Zunächst werden die Kinder mittels Schnelltest allgemein auf das Virus getestet. Ist dieser

Test positiv, wird ein PCR-Test ins Labor gesendet.» Erst dort könne dann festgestellt werden, ob die Mutation vorliegt.

Die Schule hatte den Eltern bereits am Donnerstag mitgeteilt, dass die Schulleitung am Mittwoch vom kantonalen Contact-Tracing-Team über die Ansteckung eines Kindes mit der

mutierten Coronavirus-Variante informiert wurde. Das Kind besuchte die 5./6. Primarklasse A. Die betroffene Klasse mit 17 Schülerinnen und Schülern wurde noch am Mittwoch unter Quarantäne gestellt, ebenso zwei Lehrpersonen.

Ebenfalls am Donnerstag wurde die gestrige Testaktion

vom Kanton vorbereitet. «Wir haben am Donnerstagabend eine <Fast-Response>-Gruppe formiert, bestehend aus Personal von Institutionen, die in der kantonalen Taskforce vertreten sind», so Kantonsarzt Roger Harstall. Den Lead habe dabei der Pflegeverband Curaviva gehabt. «Die Idee für solche

Teams wurde erst vor kurzem angedacht. Dass es schon so bald zu einem Einsatz kommt, haben wir nicht erwartet.»

Schule zufrieden mit schneller Aktion

Die Volksschule der Stadt Luzern begrüsst das Vorgehen des Kantons. «Wir sind froh, dass die Kinder so schnell getestet werden konnten», sagt Rektorin Vreni Völkle. «In einer solchen Situation ist schnelles Handeln wichtig und richtig.» Die plötzliche Umstellung auf den Fernunterricht sei kein Problem. «Wir haben damit ja schon Erfahrung», so Völkle. Ab dem 6. Februar sind zwei Wochen Schulferien. «Wir gehen davon aus, dass wir den regulären Schulbetrieb nach den Ferien wieder aufnehmen können.»

Aldo Magno, Leiter der Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern, findet die Entscheidung des Kantonsarztes aus epidemiologischer Sicht richtig: «Die Massnahme dient dem Schutz der weiteren Bevölkerung.» Die Woche im Fernunterricht sei nicht weiter schlimm: «Da es sich aufgrund der bevorstehenden Ferien nur um eine Woche Fernunterricht handelt, ist dies auch für die jüngeren Kinder verkraftbar.»

Gemäss Angaben des Kantons sind aktuell 25 Schülerinnen und Schüler und 20 Lehrpersonen wegen des Coronavirus in Isolation. Die Fälle im Maihof-Schulhaus seien jedoch die ersten mit der Mutation.

Sandro Renggli